

TECHNISCHE UNIVERSITÄT MÜNCHEN

LEHRSTUHL FÜR VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

PROF. DR. ROBERT K. FRHR. VON WEIZSÄCKER

ARCISSTRASSE 21
80333 MÜNCHEN

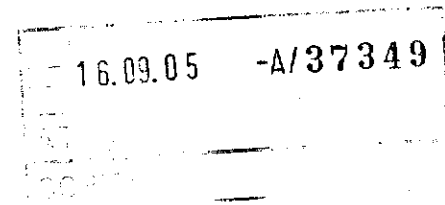
TEL. (089) 289-25700
FAX (089) 289-25701
WEIZSAECKER@WI.TUM.DE

15 SEP. 2005

Frau
Kommissarin Neelie Kroes
GD Wettbewerb
Geschäftsstelle Staatliche Beihilfen
SPA 3, Büro 6/5
B-1049 Brüssel

BELGIEN

HT 326.



8. September 2005

Sehr geehrte Frau Kommissarin:

Sie haben im Juni ein Konsultationspapier für eine umfassende Reform des EU-Beihilferechts vorgelegt, die bis 2009 in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den Betroffenen durchgeführt werden soll. Im Sinne der Lissabon-Ziele sollen insgesamt weniger aber dafür besser ausgerichtete Beihilfen zu nachhaltigem Wachstum und höherer Wettbewerbsfähigkeit beitragen sowie den Wirtschaftsstandort Europa stärken.

In den vergangenen Jahren habe ich mich im Rahmen meiner wissenschaftlichen Tätigkeit an der TU München insbesondere mit der industrieökonomischen und ordnungspolitischen Rolle des Staates beschäftigt. Ich verfolge daher mit großem Interesse diese begrüßenswerte Initiative der EU Kommission. Ich möchte Ihrer Aufforderung, zu den vorgelegten Plänen der Europäischen Kommission Stellung zu nehmen, folgen und Ihr Augenmerk auf einen Wirtschaftszweig lenken, der trotz hoher Subventionierung bisher nicht explizit Gegenstand der geplanten Reform ist – die **europäische Messeindustrie**.

Europa ist mit fast 6700 Messen jährlich und fast 60 % der weltweiten Hallenkapazitäten der führende Messekontinent, deutlich vor Asien und Amerika. Mit einem Umsatz von rund 6 Milliarden Euro ist die europäische Messeindustrie zudem ein nicht unbedeutender Wirtschaftsfaktor. Ohne Zweifel tragen Messen als Plattformen des Weltmarktes in hohem Maße zu einem wirtschaftlich prosperierenden Europa bei.

Die öffentlichen Eigentümerstrukturen haben dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren europaweit enorme Überkapazitäten entstanden sind und weiter entstehen. Da die zunehmenden Hallenkapazitäten gefüllt werden müssen, findet inzwischen ein immer härter geführter Kampf um Veranstaltungen statt, der ebenfalls direkt oder indirekt mit Steuermitteln finanziert wird und gesamtwirtschaftlich in höchstem Maße ineffizient ist.

Da Marktmechanismen durch öffentliche Eigentümerstrukturen außer Kraft gesetzt werden, findet keine Bereinigung statt. Nicht Leistungsfähigkeit und Marktorientierung der Messeunternehmen entscheiden über den Erfolg, sondern die individuell unterschiedliche Bereitschaft der öffentlichen Eigentümer, Steuergelder für eine letztendlich

regionalpolitische Förderung und nicht für ein besseres Funktionieren des Marktes einzusetzen. Dies führt zwangsläufig zu Wettbewerbsverzerrungen, zunehmenden Effizienzverlusten und zu einer Verschwendung von volkswirtschaftlichen Ressourcen.

Deutschland ist ein besonders aussagekräftiges Beispiel dafür. Ein internationaler Vergleich zeigt, dass Deutschland nach Flächen über die mit Abstand größten Messekapazitäten der Welt verfügt. Seit Jahren laufen hier das Wachstum der angebotenen Hallenflächen und der Rückgang der vermieteten, also nachgefragten Fläche scherenartig auseinander. Diese extreme Schieflage in der weltweiten Verteilung der Messekapazitäten und das unaufhaltsame Anwachsen von Überkapazitäten sind nicht durch industrieökonomische Prinzipien zu erklären. Sie hängen vielmehr mit der besonderen Rolle des Staates als ausschließlicher Eigentümer und Investor in der deutschen Messeindustrie zusammen: Die hohen Kapazitäten sind in nicht unbeträchtlichem Maße auf einen politökonomischen Konkurrenzprozess zwischen den Bundesländern zurückzuführen, der zu einem volkswirtschaftlich ineffizienten Subventionswettbewerb geführt hat. Ereignisse der vergangenen Monate in Stuttgart, Berlin, Düsseldorf oder Köln haben dies auf sehr drastische Weise verdeutlicht.

In allen diesen Fällen offenbart sich das strukturelle Problem, dass öffentliche Eigentümerschaft im Messewesen im Zeitalter der Globalisierung zu Wettbewerbsverzerrungen, einer zunehmenden Fehlallokation von Ressourcen und zu wirtschaftlicher Ineffizienz führt. Dieses Problem ließe sich meiner Meinung nach langfristig nur durch eine Vollprivatisierung der Messeindustrie lösen. Dieses Urteil gründet sich auf die Komplexität sowohl der Marktstruktur dieser Industrie als auch der dort beteiligten ökonomischen und nichtökonomischen Kräfte. Es ist gerade die Kombination aus einer vertikal integrierten Unternehmensstruktur, aus einer höchst unterschiedlichen Kombination aus Fixkosten und variablen Kosten in den beteiligten Infrastruktur- und Veranstaltungsmärkten, aus einer problematischen Simultanfunktion des Staates als Eigentümer und Geldgeber sowie aus politökonomischen Aspekten des föderativen Staatswesens, die in diesem Teilmarkt der deutschen und europäischen Wirtschaft Anreizstrukturen mit volkswirtschaftlich ineffizienten Resultaten entstehen lässt.

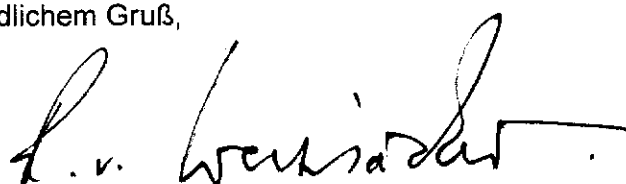
Ein wichtiger vorbereitender Schritt wäre sicher eine europaweite Beihilfenregelung, die auch in Bezug auf das Messewesen annähernd gleiche Wettbewerbsbedingungen und nicht zuletzt auch Transparenz schafft. Die gewährten kommunalen und regionalen Subventionen werden in den verschiedensten und oft nur schwer zu identifizierenden Formen gewährt. Sie alle haben aber gemeinsam, dass sie effiziente Marktmechanismen und leistungsorientierte Wettbewerbsprinzipien außer Kraft setzen und einen politökonomischen Konkurrenzprozess in Gang setzen, der zu Überkapazitäten, Fehlinvestitionen von Steuergeldern und Fehlallokation auf den Folgemärkten führt.

Diese Kerngedanken habe ich in einem beiliegenden Aufsatz ausführlicher dargelegt. Die auf Deutschland bezogene Analyse ist analog auf die europäische Ebene übertragbar.

Angesichts der von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschläge zur Reform des Beihilfenrechts erscheint mir längerfristig ein dringender Handlungsbedarf im Hinblick auf europäische Messestandorte offensichtlich.

Es würde mich im Sinne eines wettbewerbsfähigen Europas freuen, wenn Sie sich dieser Einschätzung anschließen könnten.

Mit freundlichem Gruß,
Ihr



Die deutsche Messeindustrie: Eine Subventionsfalle

ROBERT K. VON WEIZSÄCKER

TECHNISCHE UNIVERSITÄT MÜNCHEN

CENTRE FOR ECONOMIC POLICY RESEARCH, LONDON
CESIFO, MÜNCHEN
INSTITUTE FOR THE STUDY OF LABOR, BONN

Januar 2005

Anschrift:

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
Finanzwissenschaft und Industrieökonomik
Technische Universität München
Arcisstrasse 21
80333 München

Tel. +49-89-289-257-00

Fax +49-89-289-257-01

E-Mail: weizsaecker@wl.tum.de

I.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des deutschen Messewesens ist grundsätzlich unbestritten. Die Größenordnung des gesamtwirtschaftlichen Effekts ist jedoch weniger klar als es wissenschaftliche Publikationen und öffentliche Stellungnahmen vermuten lassen. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist darüber hinaus im Zeitablauf nicht konstant. Führt man sich etwa die Zerstörung und industrielle Zerschlagung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg vor Augen, so wird deutlich, welchen enormen Beitrag das staatlich eingesetzte deutsche Messewesen für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft geleistet hat. Die Messe bildete einen strukturpolitisch eingesetzten Katalysator mit hoher volkswirtschaftlicher Flächenwirkung. Die staatliche Förderung des Messewesens beschleunigte maßgeblich die Reindustrialisierung und leitete die Rückkehr und Einbindung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft ein.

Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die volkswirtschaftliche Funktion des Messewesens gleichwohl verändert. Nach der Rolle des Vorlaufinvestors trat die der regionalen Wirtschaftsförderung in den Vordergrund. Das inzwischen eingeleitete 21. Jahrhundert ist durch eine hohe Internationalisierung der Wirtschaft sowie durch einen technologischen und wettbewerblichen Wandel der Industrie geprägt, was nicht ohne Rückwirkung auf die Messeindustrie geblieben ist. Ob auch heute noch die regionale Wirtschaftsförderung von so großer Bedeutung ist, scheint fraglich. Internationale Aspekte dominieren zunehmend und was bisher als ein Instrument der Förderung des deutschen Mittelstandes ausgegeben werden konnte, dient heute eher der Unterstützung des europäischen Mittelstandes.

Der hier nur angedeutete Wandel hat zum einen Rückwirkungen auf die Unternehmensstrategie der deutschen Messen. Zum anderen berührt er auf kritische Weise die Frage, welche Rolle heute der Staat im deutschen Messewesen spielen sollte. Diese Rolle wiederum prägt maßgeblich die langfristige Bedeutung des Messeplatzes Deutschland.

Die klassischen Felder staatlicher Eingriffe in eine Volkswirtschaft betreffen die Allokation der Ressourcen, die Verteilung der Einkommen sowie die fiskalische Stabilisierung. Weder normative Umverteilungsziele noch Stabilisierungsmotive sind nahe liegende Funktionen des Messewesens. Die einzige Rolle des Staates ist demnach in dem Bereich der Ressourcenallokation zu suchen. Bekanntlich wird hier dann ein Höchstmaß an Effizienz erreicht, wenn die Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten durch einen möglichst reibungslos funktionierenden Preismechanismus erfolgt. Wettbewerb lautet das paradigmatische Zauberwort. Trägt der Staat dazu bei? Fast scheint das Gegenteil der Fall zu sein.

II.

Ein internationaler Vergleich der Bruttohallenflächen der weltweit größten Messeplätze fördert eine extreme Schiefe der Verteilung der Messekapazitäten zu Tage. Deutschland verfügt nach Flächen bemessen über die mit Abstand größten Messekapazitäten der Welt. Die außergewöhnliche Schiefe der weltweiten Kapazitätsvertei-

lung ist nicht durch industrieökonomische Prinzipien erklärbar. Die Ursache dieser Diskrepanz ist vielmehr in der besonderen Rolle des Staates im deutschen Messewesen zu suchen.

Führt man sich die zahlreichen öffentlichen Stellennahmen zur Vorteilhaftigkeit der deutschen Messeindustrie vor Augen, so fällt auf, dass überall in etwa dieselben Zahlen genannt werden – und das bereits seit längerer Zeit. Typischerweise wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der Messebranche an zwei gesamtwirtschaftlichen Effekten festgemacht: Die deutsche Messeindustrie würde einen gesamtwirtschaftlichen Effekt von jährlich etwa 23 Milliarden Euro auslösen sowie etwa 250.000 Arbeitsplätze schaffen. Auf diese gewaltigen Größenordnungen bezieht man sich immer dann, wenn eine staatliche Beteiligung und Förderung der Messebranche begründet werden soll. Dass dieser Industriezweig Plattformen für das nationale und internationale Marketing der Aussteller und Besucherbranchen bereitstellt und dass Unternehmen am Messestandort gefördert werden, indem zusätzliche Nachfrage im Bereich der Hotellerie, der Gastronomie, des Verkehrsgewerbes sowie der Kulturbetriebe generiert wird, ist unbestritten. Ich möchte freilich den Blick darauf lenken, dass die methodischen Grundlagen, die hinter der empirischen Ermittlung der genannten Effekte sowie ihrer Multiplikatorwirkungen stehen, keineswegs die Robustheit aufweisen, die diesen Zahlen in der politischen Auseinandersetzung von den jeweiligen Interessenvertretern zugesprochen wird. Die häufig zitierte, so genannte Umwegrentabilität ist sowohl aus statistisch-methodischen als auch aus datentechnischen Gründen eher ungeeignet, eine volkswirtschaftliche Begründung für staatliche Subventionen zu liefern.

Eine Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der deutschen Messeindustrie wird prinzipiell in eine Ermittlung direkter und indirekter Wirkungen zerlegt. Diese Primär- und Sekundäreffekte gründen sich auf eine Vielzahl methodischer Schritte, deren Ergebnisse eine äußerst sensitive Grundlage für den jeweils nächsten Schritt darstellen. Anschaulich gesprochen entsteht eine multiplikative Verknüpfung zum Teil wenig robuster Zahlen, so dass schon geringe Abweichungen in den grundlegenden Faktoren dieser Kette zu sehr großen Bandbreiten des am Ende der Kette errechneten Endergebnisses führen.

Typischerweise werden in einem ersten Schritt die Gesamtausgaben der Aussteller und Besucher sowie der Messengesellschaften in einem bestimmten Kalenderjahr ermittelt. Diese werden um einen Faktor korrigiert, der durch Importe, Einkäufe im Ausland, Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, bestimmte Ersparnisse sowie nicht abzugsfähige Umsatzsteuern erstellt wird, um auf diese Weise die inlandsrelevanten Primärausgaben zu ermitteln. Schließlich werden – und das ist ein ganz entscheidender Schritt – die durch die Primärausgaben verursachten Multiplikatorwirkungen auf die Produktion in den nachgelagerten Produkt- und Dienstleistungsmärkten errechnet. Dieser Multiplikatoreffekt weist den zitierten Studien zufolge eine erhebliche Größenordnung auf, die sich zum Teil auf mehr als das Doppelte des Ausgangswertes der Primärausgaben beläuft. Es ist also gerade dieser Zweitrundeneffekt, der der vermeintlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung der deutschen Messeindustrie ihren eigentlichen Schub verleiht. Und es ist genau dieser Effekt, der weder methodisch noch was die dazu notwendigen Datengrundlagen angeht als robust bezeichnet werden kann.¹

¹ Zu näheren Details siehe: Robert K. von Weizsäcker: „Deutsche Messeindustrie: Quo Vadis? Eine ordnungspolitische Bestandsaufnahme“, mimeo, 2004.

Das häufig gebrauchte Argument einer hohen Umwegrentabilität ist übrigens auch aus theoretischer Sicht wenig geeignet, die Frage zu klären, ob staatliche Subventionen in die Messewirtschaft fließen sollten oder nicht. Das Argument stützt sich nämlich implizit auf die Annahme, dass die positiven Effekte ausbleiben oder sich deutlich vermindern würden, wenn es keine öffentlichen Subventionen gäbe. Der Fall eines völligen Ausbleibens einer staatlichen Subventionierung der Messeunternehmen bildet freilich nur einen unvollständig durchdachten kontrafaktischen Zustand ab. Es wird außer Acht gelassen, dass ein Subventionsabbau unmittelbar die staatliche Ausgabenlast vermindert und somit, ceteris paribus, mittelfristig zu einer geringeren Steuerbelastung aller Wirtschaftsteilnehmer führt. Auf den vorliegenden Fall der Messeindustrie übertragen müsste daher ein Vergleich angestellt werden zwischen einem Szenario steuerfinanzierter Messen und einem Szenario privatwirtschaftlich finanzierter oder gar nicht betriebener Messen. Nur ein solcher, zweifellos fiktiver Vergleich könnte Aufschluss über die Frage geben, ob der Staat die Messeindustrie subventionieren sollte oder nicht. Studien zur Umwegrentabilität des Messewesens enthalten jedoch keine Informationen zu den Verdrängungseffekten derjenigen Steuermittel, die in die Subventionen der Messeindustrie fließen.

Nicht geprüft wird zudem die Frage, wie die Messeindustrie ohne Subventionen aussehe. In diesem Fall müsste der Staat bei gleichzeitig unveränderter Steuerbelastung dem Opportunitätskostenprinzip folgen, über das die Umwegrentabilität ebenfalls keinen Aufschluss gibt. Geht man realistischerweise davon aus, dass auch bei einer Nicht-Subventionierung der Messeindustrie das Steuersystem unverändert bliebe, dann müsste der Staat die im deutschen Messewesen zu erwartende Rentabilität öffentlicher Investitionen mit der zu erwartenden Rentabilität alternativer staatlicher Förderungen in anderen Industriezweigen vergleichen. Das erst würde aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine staatliche Subventionsentscheidung begründen können.

III.

Zurück zur These, dass weniger der Markt als vielmehr der Staat eine wesentliche Verantwortung für die außergewöhnliche Schiefe der erwähnten weltweiten Kapazitätsverteilung trägt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht als Einheitsstaat, sondern als Föderalstaat verfasst. Sie gliedert sich in eine Hierarchie von Gebietskörperschaften, nämlich Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden. Sie alle haben Organe, die allein oder gemeinsam Entscheidungen über Ausgaben, Einnahmen und Schuldenaufnahme treffen. Das Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand im Bereich des Messewesens lässt sich nur aus dem Zusammenwirken aller dieser Gebietskörperschaften verstehen. Selbst wenn dem Staat eine ökonomische Rolle im Messektor zugeschrieben werden könnte, bliebe die konkrete Organisation dieser Funktion im Rahmen eines föderativen Systems noch zu klären. Tatsächlich stellt die Verteilung der Staatsaufgaben auf die verschiedenen gebietskörperschaftlichen Ebenen ein vielschichtiges Optimierungsproblem dar, das insbesondere bezogen auf die Messeindustrie ein nicht geringes Eigenleben zu führen scheint. Vielfach wird ganz allgemein auf das Subsidiaritätsprinzip verwiesen. Dieses bleibt im vorliegenden Kontext jedoch zu unverbindlich, um eine Erklärung der marktwirtschaftlich nicht nachvollziehbaren hohen Messekapazitäten in Deutschland liefern zu können. Theo-

retisch wird das Optimierungsproblem der gebietskörperschaftlichen Abstimmung durch regionale Präferenzunterschiede, Skalenerträge, Verbundvorteile und Kontrahierungsmöglichkeiten geleitet. Die Praxis spricht jedoch offensichtlich eine etwas andere Sprache. Die hohen Kapazitäten deutscher Messeplätze sind in nicht unbedeutlichem Maße auf einen politökonomischen Konkurrenzprozess zwischen den Bundesländern zurückzuführen, der zu einem volkswirtschaftlich hoch ineffizienten Subventionswettlauf geführt hat.

Ein fataler Aspekt dieses Wettlaufs besteht darin, dass er zum einen von seinen Betreibern nur teilweise wahrgenommen wird und dass er sich zum anderen auf volkswirtschaftliche Argumente einer Umwegrentabilität stützt, die in meinen Augen als alleinige Begründung staatlicher Aktivitäten nicht genügt. Häufig taucht in den politischen Argumenten zudem ein Faktor auf, der nichts mit volkswirtschaftlicher Effizienz zu tun hat: Der auf ein einzelnes Bundesland bezogene Imagegewinn. Das Konkurrieren der Bundesländer um diesen Faktor gehört zu den Kernursachen einer fehlgeleiteten öffentlichen Subventionspolitik im Bereich des deutschen Messewesens.

IV.

Der Staat hat in seiner simultanen Funktion als Eigentümer und Geldgeber eines Messeunternehmens ein Selbstverpflichtungsproblem, das zu einer so genannten „weichen Budgetbeschränkung“ führt. Obwohl es ex-ante wünschenswert ist, einem Unternehmen keine Subventionen zu zahlen, wenn dieses ein wenig ertragreiches Projekt anschiebt, wird es in aller Regel ex-post sehr schwierig werden, diese Subventionen zu verweigern. Das gilt insbesondere dann, wenn die Alternative in einer Schließung des Unternehmens besteht. Solange der Staat als alleiniger Geldgeber auftritt, ist dieses Problem nicht wirklich zu lösen. Weiche Budgetbeschränkungen lösen im deutschen Messewesen einen Hang zur ineffizienten Erweiterung der Infrastruktur aus.

Die deutsche Messeindustrie weist eine sowohl volkswirtschaftlich als auch betriebswirtschaftlich komplizierte Struktur auf. Das Messewesen besteht im Wesentlichen aus zwei vertikal verbundenen Märkten. Im ersten Markt werden Hallenflächen für Messen produziert und veräußert – das ist der Markt für die Messeinfrastruktur. Im zweiten Markt werden diese Flächen als ein Inputfaktor für die Produktion von Messeveranstaltungen genutzt – das ist der Markt für die eigentlichen Messen. Zu den wichtigsten betriebswirtschaftlichen Merkmalen des Marktes für die Messeinfrastruktur zählen hohe Fixkosten und vergleichsweise niedrige variable Kosten. Dieser Markt ist von hohen Überkapazitäten betroffen. Der Markt für Messeveranstaltungen kann betriebswirtschaftlich dagegen durch vergleichsweise niedrige Fixkosten und relativ hohe variable Kosten charakterisiert werden.

Diese Marktstruktur spiegelt sich zum größten Teil auch in der Unternehmensstruktur wider. Die überwiegende Mehrheit der hier operierenden Messeunternehmen ist vertikal integriert, was bei der Verschiedenheit der beiden Unternehmensteile komplexe Anreizmechanismen der operativen Unternehmensführung zur Folge hat. Der unregulierte, indirekte Wettbewerb staatlicher Gesellschafter vertikal integrierter Messeunternehmen befördert dadurch gerade einen gesamtwirtschaftlich ineffizienten Sub-

ventionswettbewerb. Das wiederum führt zu mehr Schein als Sein in der deutschen Messeindustrie.

V.

Eine Beendigung des Subventionswettkampfs könnte durch eine Zentralisierung des staatlichen Eigentums oder durch eine entsprechende Privatisierung erfolgen.

Gegen eine Zentralisierung spricht, dass der Infrastrukturmarkt kein natürliches Monopol darstellt. Er ist nicht durch systematische Größenvorteile gekennzeichnet, so dass es aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht effizienter ist, einem einzigen Unternehmen die Gesamtversorgung zu überlassen, statt Konkurrenz zu schaffen.

Bleibt der Gedanke einer Privatisierung des deutschen Messewesens. Eine kühne Vorstellung: Mehrere konkurrierende Unternehmen müssen gleichzeitig privatisiert werden; der Infrastrukturmarkt ist zwar kapitalintensiv, stellt jedoch kein natürliches Monopol dar; der Infrastrukturmarkt leidet unter Überkapazitäten, was eine Privatisierung verkompliziert; der Veranstaltungsmarkt weist als zweiseitiger Markt externe Effekte zwischen den Messteilnehmern auf; im Veranstaltungsmarkt existieren bereits einige privatwirtschaftlich operierende Unternehmen.

Dennoch muss über den Privatisierungsschritt nachgedacht werden, denn die folgenden fünf Problembereiche blieben ungelöst, wenn die deutsche Messeindustrie nicht in irgendeiner Form privatisiert werden würde: Duplikation der Kapazitäten, Fehlen einer harten Budgetbeschränkung, Subventionswettbewerb, Fehlinvestitionen von Steuergeldern und Fehlallokationen auf den Folgemärkten.

Es sei angemerkt, dass es prinzipiell denkbar ist, einige der genannten Schwierigkeiten auch ohne eine Privatisierung der vertikal integrierten Messeunternehmen zu beheben. Dazu müssten die betroffenen Bundesländer ihre Messen freilich einer gemeinsamen Regulierungsinstanz unterwerfen. Ein politökonomisch kaum durchsetzbarer Gedanke. Eine solche Regulierungsinstanz müsste dann versuchen, die genannten Vorteile einer Liberalisierung durch Steuerung und Überwachung der Messeunternehmen und ihrer Eigentümer herbeizuführen. Ein zentralisierter Lösungsansatz dieser Art ist jedoch schon aus Gründen der unvollständigen und asymmetrisch verteilten Information wesentlich komplizierter und letztlich auch realitätsferner als der einer Privatisierung.

In der oben erwähnten Untersuchung komme ich zu dem Schluss, dass alles in allem eine Vollprivatisierung der deutschen Messeindustrie der einzig sinnvolle Privatisierungsansatz ist. Dieses Urteil gründet sich auf die Komplexität sowohl der Marktstruktur dieser Industrie als auch der dort beteiligten ökonomischen und nichtökonomischen Kräfte. Es ist gerade die Kombination aus einer vertikal integrierten Unternehmensstruktur, aus einer höchst unterschiedlichen Kombination aus Fixkosten und variablen Kosten in den beteiligten Infrastruktur- und Veranstaltungsmärkten, aus einer problematischen Simultanfunktion des Staates als Eigentümer und Geldgeber sowie aus politökonomischen Aspekten des föderativen Staatswesens, die in diesem Teilmarkt der deutschen Wirtschaft Anreizstrukturen mit volkswirtschaftlich ineffizienten Resultaten entstehen lässt. Eine Teilprivatisierung würde hingegen nicht nur das Ziel einer Liberalisierung verfehlen, sondern auch keines der identifizierten Probleme lösen.

Eine international wettbewerbsfähige Messeindustrie – und damit meine ich sowohl den Veranstaltungsmarkt als auch den Infrastrukturmarkt – ist Voraussetzung für einen langfristig intakten Messeplatz Deutschland. In einer ökonomischen Scheinwelt staatlicher Subventionen finanziert der Steuerzahler jene Ressourcenverschwendung, die das deutsche Messewesen in ein irreführend rosiges Licht setzt.